



VBE zum Digitalpakt: Baden-Württemberg ist gefordert

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) freut sich über seinen Erfolg, dass nach seinem beharrlichen Einsatz die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka Mitte Oktober 2016 ihren „Digitalpakt Deutschland“ vorstellte. Damit soll der Bildungs- und Erziehungsauftrag in der digitalen Welt gesichert werden. Fünf Milliarden Euro für die digitale Ausstattung der Schulen sind ein toller Erfolg. Der VBE-Vorsitzende des Landesbezirks Südbaden, Christoph Wolk (Freiburg), freut sich, dass der VBE durch seine Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche und Forderungen maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Politik sich bewegt. Es komme nun darauf an, dass das Land Baden-Württemberg alle Regelschulen in der Mittelstufe an diesem Geldsegen teilhaben lässt.



Dr. Christoph Wolk
Vorsitzender
VBE Südbaden

Der VBE wehrt sich allerdings dagegen, dass entsprechende Pläne der Kultusministerin umgesetzt werden, wegen fehlender Lehrkräfte aufgrund fehlender Haushaltsmittel den verstärkten Informatikunterricht nur an den Mittelstufen der Gymnasien umzusetzen. Der Streit um die Finanzen zwischen Finanzministerin Sitzmann und Kultusministerin Eisenmann hatte zunächst dazu geführt, dass die Kultusministerin den Informatikunterricht, die Inklusion und den Ausbau der Ganztageschulen ganz zurückfahren wollte. Nachdem in Gesprächen weitere, aber nicht ausreichende, Geldmittel bereitgestellt wurden, sollen nur die Gymnasien von der Bundesinitiative profitieren. Der VBE stellt aber ganz klar fest: der Mensch fängt nicht erst beim Gymnasiasten an. Auch Realschulen, Gemeinschaftsschulen und Werkrealschulen haben ein Recht auf digitale Bildung. Wir leben in einer Welt, die sich immer mehr auf den sicheren Umgang mit digitalen Medien stützt.

Baden-Württemberg darf sich jetzt nicht zurücklehnen, ist der VBE überzeugt und wird mit aller Kraft darauf drängen, dass alle Schüler der Mittelstufe in den Genuss verstärkten Informatikunterrichts kommen. Das Land ist auch gefordert, für eine breite Fortbildungsoffensive zu sorgen, damit das Unterrichten mit der Unterstützung digitaler Materialien nicht nur ein „großes Thema“ bleibt, sondern endlich gelebt werden kann.

Kinder benötigen dringend klare Strukturen im Umgang mit digitalen Medien. Fakt ist, dass bei einer ungefilterten, unlimitierten und lediglich quantitativen Nutzung von Medien, nicht nur physische Strukturen, sondern auch das soziale Leben leidet. Digitale Abstinenz zu fordern, ist aber nicht nur übertrieben, sondern geht auch an der Realität der Kinder und der gesellschaftlichen Entwicklung vorbei. Stattdessen setzt sich der VBE für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Medien ein. Zeitliche Limitierung und pädagogische Begleitung sind hierfür der Schlüssel. Der Digitalpakt Deutschland muss nun zeigen, ob die Politik ihren Versprechungen wirklich Taten folgen lassen wird.

Der VBE ist die Vertretung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen, sowie an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Er vertritt landesweit mit über 17 000 Mitgliedern die Interessen von 80 000 Lehrkräften an diesen Schularten. In Südbaden sind davon über 5000 im VBE organisiert.